

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

15.3.1924 (No. 64)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verantwortlicher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 3.— Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 woch. Höhe und ein Element Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tauffreier Absatz, der als Kassensatz gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerbedeutung, zwangsweiser Verbreitung und Kontroversverfahren fällt der Absatz fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausschließung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder telephonischer Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

* Reichstagsende u. Neuwahlen

In aristokratisch regierten Ländern wäre es verfehlt gewesen, aus der Eigenart der regierenden Schicht Rückschlüsse auf die Geistesverfassung der Volksmasse zu ziehen. Niemandem würde es z. B. einfallen, die Eigenart des alten spartanischen Regierungssystems aus der Veranlagung der Volksmasse zu erklären; denn diese Volksmasse, Perikles und Solon, waren anderen Stammes als die Spartiaten selbst, politisch so gut wie rechtslos und im wesentlichen lediglich Objekt staatsrechtlicher Betätigung. Es wäre also falsch, etwa zu sagen, daß lakonische Volk (die Gesamtheit der von den Spartiaten beherrschten Bevölkerung) habe gar keine andere Regierung verdient, als die in Sparta herrschende, da diese Regierung ja nur Exponent und Ausdruck des allgemeinen Volkswillens und der allgemeinen seelischen Verfassung des Volkes sei.

Ganz anders liegen die Dinge in demokratisch regierten Ländern. Hier ist selbstverständlich Parlament und Regierung Ausdruck und gleichzeitig Verkörperung des Willens und der Eigenart des ganzen Volkes. Hier hat in der Tat ein jedes Volk das Parlament und die Regierung, die es verdient. Und wenn, wie in Deutschland das Prinzip der Demokratie verfassungsmäßig in seiner reinsten Form herrscht, dann gilt diese Maxime erst recht.

Solche Gedanken sind es, die sich dem Publizisten aufdrängen, wenn er die mannigfachen Kommentare zur Reichstagsauflösung liest. Diese Kommentare sind vorzugsweise auf den Ton herbstlichen Tadels und bitterster Anklage gestimmt. Und zum großen Teil gewiß mit Recht! Aber die Tadler sollten nicht vergessen, daß dieser Reichstag in seiner Schwerefälligkeit und Zerissenheit nichts anderes war als das getreue Spiegelbild des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit. Und einstweilen berechtigt uns noch nichts zu der Annahme, daß der neu gewählte Reichstag das Bild einer größeren Geschlossenheit und damit einer größeren Aktionsfähigkeit abgeben wird. Es gibt Politiker, die heute schon prophezeien, daß die parteipolitische Zersplitterung im neuen Parlament noch viel größer sein wird als im alten. Und gewisse Beobachtungen der letzten Zeit scheinen ihnen Recht zu geben.

Da ist kaum eine Partei, die nicht in irgend einer Krise steckt! Am schlimmsten ist diese Krise bei den Mittelparteien, zu denen man wohl auch im Kern die Sozialdemokratie zu rechnen hat, genau so, wie heute die Deutsche Volkspartei auch nicht mehr schlechtweg als eine Partei der Rechten angesprochen werden kann. Aber wie sieht es doch gerade bei diesen beiden Flügelparteien der Mitte aus!

In der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei macht sich z. B. eine Zersetzung bemerkbar, die auch dann politisch von der größten Bedeutung wäre, wenn, wie sozialdemokratische Führer behaupten, die alte Einigkeit und Geschlossenheit sehr bald wieder hergestellt werden kann. Einstweilen ist die Zersetzung jedenfalls da, wenn auch festgestellt werden muß, daß sie sich regional in sehr verschiedener Stärke äußert. Was z. B. Baden anlangt, so wird, wie man aus Zeitungsstimmen und privaten Gesprächen entnehmen kann, mit schweren Wahlverlusten nicht gerechnet. Dafür werden diese Verluste aber in anderen Gebieten um so empfindlicher sein.

Zunächst strömt ein ansehnlicher Teil der jugendlichen Arbeiterschaft hinüber zu den Kommunisten. Ein anderer, kleinerer Teil hat sich, wie die Erfahrungen bei der Wahl in Mecklenburg lehren, den Deutschvölkischen angeschlossen. Und daneben haben sich außer den Unabhängigen, die allerdings schon seit Monaten nur ein Scheindasein führen, neue Parteien bzw. neue Parteigruppen gebildet, die ihre Anhängerschaft aus den Kreisen der Sozialdemokratie bzw. der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu gewinnen hoffen. Wie schwer die Differenzen in der Partei sind, zeigen am besten die Vorgänge in Berlin, wo es trotz aller Verhandlungen bis heute noch nicht gelungen ist, eine Kandidatenliste zustande zu bringen.

Sehr bedenklich sind auch die krisenhaften Erscheinungen im Bereiche der Deutschen Volkspartei. Hier ist es vor allem der rechte Flügel, der schon seit der Kanzlerschaft Dr. Brüning seine eigenen Wege geht, Wege, die viel weiter nach rechts hinüberführen, als es der Mehrheit der Partei erwünscht ist. Dieser rechte Flügel, zu dessen Führern die Reichstagsabgeordneten Freier von Lersner, Marekly, Quast, Bögl, Sorge, Beder-Hessen gehören,

hat schon in den Tagen der großen Koalition dem ihrer Partei angehörenden Reichsfinanzminister Stresemann schroffe Opposition gemacht. Schon damals ist die Rede davon gewesen, daß wohl nur ein in aller Form vollzogener Bruch, ein Austritt oder Ausschluß der Herren aus der Partei die Krisis werde beenden können.

Jetzt haben sich die Männer dieses rechten Flügels zu einer besonderen Organisation, der „Nationalliberalen Vereinigung der Deutschen Volkspartei“ zusammen getan, ohne Herrn Stresemann oder den Fraktionsvorsitzenden vorher davon zu benachrichtigen. Diese Vereinigung will vor allem die Deutsche Volkspartei zwingen, dem Gedanken der großen Koalition, also dem Gedanken an ein Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie, ein für allemal über Bord zu werfen. Wie man ziemlich allgemein glaubt, wird diese neue Vereinigung aber nur die Minderheit der Wähler auf ihrer Seite haben. Und da kaum anzunehmen ist, daß sich die von Stresemann geführte Mehrheit ihrem Willen unterwerfen wird, wird die Krisis wohl mit einem Akt reinlicher Scheidung enden müssen, falls man nicht einseitigen noch einmal eine Art Überkletterung der Gegensätze versucht.

Auch im Zentrum finden Auseinandersetzungen statt. Auch dort gibt es einen rechten und einen linken Flügel, wenn auch die Gegensätze bei der bemerkenswerten großen Parteizipfelung im Zentrum nicht so schroff zutage treten. Immerhin haben im Rheinland-Westfalen gewisse Arbeitergruppen, die bisher zum Zentrum hielten, sich zu einer besonderen Partei, der Christlich-sozialen Volksgemeinschaft, zusammengeschlossen. Aber nur die Wahlen selbst werden zeigen können, inwieweit auch die Zentrumspartei von der allgemeinen Krisis, die heute die Welt und alle politischen Parteien durczgittert, berührt wird.

Auch die beiden Flügel der Deutsch-demokratischen Partei zeigen oszillierende Tendenzen. Die Möglichkeit, daß dieser oder jener Wähler zur Deutschen Volkspartei abspringt, besteht ebenso wie die, daß die neugegründete Deutschrepublikanische Partei gerade den Demokraten Konkurrenz macht. Im übrigen wird auch hier die Situation stark bestimmt durch den sozialen Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Die Deutschnationalen sind genau so, wie die Kommunisten und die Deutschvölkischen, als Oppositionspartei in einer relativ günstigeren Lage. Diese Gunst der Lage würde sich sofort ändern, sowie die Partei selbst an der Regierung und damit am Tragen der Verantwortung beteiligt würde. Zu dem Befremtnis zur Verfassung ist die Leitung der Deutschnationalen Volkspartei ja bekanntlich bereit.

Wenig Freude dürften den Deutschnationalen die Rechtsradikalen verschaffen. Denn es ist ganz klar, daß die Deutschvölkischen zum Teil auch auf Kosten der Deutschnationalen leben, ohne daß diese den Trost hätten, sich zu sagen, daß es ja doch lediglich eine Bruderpartei ist, der die Abwanderung zugute kommt. Die Deutschvölkischen haben, abgesehen von ihrer stramm nationalistischen und antisemitischen Einstellung, in letzter Zeit in sozialen Fragen eine Haltung an den Tag gelegt, die es nicht mehr gestattet, die Deutschvölkischen so ohne weiteres als eine Partei der Rechten zu bezeichnen. Im übrigen hat die Deutschvölkische Fraktion in einem der neugewählten Landtage es abgelehnt, auf der rechten Seite des Hauses zu sitzen und auf der linken Platz genommen, genau so wie Herr von Graefe neuerdings erklärte, die Deutschvölkischen seien eigentlich eine Linkspartei.

Nimmt man zu dieser Haltung der Deutschvölkischen noch all die fatalen Überraschungen, welche die im Wahlkampf gestärkte kommunistische Partei der Öffentlichkeit bereiten wird, so liegt eigentlich keine besondere Veranlassung vor, dem neuen Reichstag ein besseres Horoskop zu stellen als dem alten. Aus den Massen der Wählerschaft treten bei nahezu jedem Tag neue Zersplitterungstendenzen ans Tageslicht. Und diese unheilvolle Zersplitterung ist es, die im Parlament dann ihren Niederschlag findet. Schon ein Parlament mit drei verschiedenen Parteien ist ein nicht gerade leicht zu handhabendes Instrument. Sagen aber acht oder neun größere Parteien in einem Parlament, so wird die Handhabung des parlamentarischen Systems besonders schwierig. Und der Regierung erwachsen daraus besonders dornenvolle Aufgaben.

Diese Aufgaben müssen nun aber einmal gelöst werden, wenn wir wieder gesunden wollen. Vielleicht wird mit der Besserung der außenpolitischen Lage und der wirtschaftspolitischen Lage im Innern auch eine Konsolidierung und

Konzentrierung des Parteilebens einsehen. Jedenfalls hat es nur geringen Zweck, immer auf den Reichstag und auf das parlamentarische System zu schimpfen, wenn das Volk von sich aus nichts tut, um durch Einmütigkeit und Geschlossenheit bessere Voraussetzungen für das Funktionieren des Parlamentarismus zu schaffen.

Der Staatsvoranschlag in Goldmark u. das Finanzgesetz

Das Finanzministerium hat dem badischen Landtag die nachfolgende interessante Begründung und die Entwicklung der finanziellen Verhältnisse Badens in den letzten Monaten übermittelt:

I. Allgemeines

Das Reich hat, durch die Entwicklung der Verhältnisse gezwungen, am 15. November v. J. die Notenpresse stillgelegt. Es kann den Ländern Darlehen in der Weise, wie es vorher geschehen ist, nicht mehr zur Verfügung stellen. Die Länder, die den Besoldungsbedarf für ihre Beamten und die Mittel für die Erwerbslosenfürsorge vorher fast in vollem Betrage vom Reich erhalten haben, sind für die Übergangszeit, bis Überweisungssteuern in wertbeständiger Form in der erforderlichen Höhe zur Verfügung stehen, in der Hauptsache auf sich selbst angewiesen; denn das Reich wird Zahlungen an die Länder nur noch insoweit leisten, als es dazu gesetzlich verpflichtet ist; andere Zuschüsse sind von ihm nicht mehr zu erwarten. Es ist zwar in Aussicht genommen, die finanziellen Beziehungen zwischen Reich und Ländern auf eine neue Grundlage zu stellen und insbesondere den Ländern neue Einnahmequellen zuzuführen; bis diese aber fließen, wird noch geraume Zeit vergehen.

Die Länder sind deshalb gezwungen, ihre Ausgabe-wirtschaft diesen Verhältnissen anzupassen und sie in viel größerem Umfang als bisher einzuschränken. Zu diesem Zwecke ist, dem Vorgehen des Reiches entsprechend, auch in Baden für die Zeit vom 15. November 1923 bis 31. März 1924 ein Übergangsetat auf Goldmarkgrundlage aufgestellt worden, der alle in Betracht kommenden Ausgaben enthält und die äußerste Grenze dessen darstellt, was für die einzelnen staatlichen Zwecke ausgegeben werden kann.

Der Goldwert ist bei den sachlichen Ausgaben in der Hauptsache nach dem tatsächlichen Sachbedarf für die 4 1/2 Monate, um die es sich handelt, geschätzt worden, wobei im allgemeinen die Hälfte des Budgetjahres des letzten Friedensjahres (1914/15) mit dem auf 4 1/2 Monate entfallenden Teilbetrag die Höchstgrenze bildete, die in den Etat eingestellt werden durfte. Dieser auf die Hälfte herabgesetzte Budgetsatz wurde noch in entsprechend niedrigerem Betrag in Rechnung gestellt, wo dies durch inzwischen eingetretene Organisationsänderungen begründet war. Diese Beschränkung war, abgesehen von der Notwendigkeit äußerster Sparsamkeit, schon deshalb gerechtfertigt, weil alle Dienststellen mit wenigen Ausnahmen mit Brennstoffen für die Heizperiode 1923/24 schon vollständig versehen waren und auch der sonstige Bedarf an sachlichen Amtskosten durch Vorauskäufe in der Hauptsache gedeckt ist.

Der Besoldungsbedarf, der den weitaus größten Teil der Ausgabe umfaßt, ist bei den einzelnen Paragraphen auf Grund der für das erste Novemberviertel maßgebenden Mehrzahl zusammengestellt und durch die entsprechende Indexzahl geteilt worden. Der sich daraus ergebende Goldbetrag ergibt etwa 60—70 Prozent des letzten Friedensbudgets. Die übrigen Ausgaben für persönlichen und sachlichen Aufwand sind tunlichst niedrig gehalten und gehen nicht über das Maß des unbedingt Notwendigen hinaus. Die auf diese Weise für die 4 1/2 Monate auf Goldmarkgrundlage festgestellten Zahlen für den ordentlichen Etat betragen:

für die Ausgaben	37 893 500 Goldmark.
für die Einnahmen	42 743 070 „

mithin Überschuf der ordentlichen Einnahmen 4 849 570 Goldmark.

Die Ausgaben des außerordentlichen Etats enthielten in der Hauptsache Nachforderungen für bereits genehmigte Kredite und einige durch die Not der Zeit gebotene Ausgaben z. B. für Erwerbslosenfürsorge und für Lebensmittelversorgung der Städte.

Insgesamt bringt der außerordentliche Etat einen Ausgabeüberschuß von 17 189 250 Goldmark, von dem durch die Mehreinnahmen des ordentlichen Etats 4 849 570

gedeckt werden, so daß der Etat für die 4½ Monate mit dem gewaltigen Fehlbetrag von 12 339 680 Goldmark abschließt.

Der Zweck des Übergangsetats war in erster Linie, für den Rest des Rechnungsjahres die tatsächliche Lage des Staatshaushalts festzustellen, die infolge der Entwertung der Papiermark vollständig unübersichtlich geworden war. Das Ergebnis dieser Feststellungen machte es zur unbedingten Notwendigkeit, sofort alle Maßnahmen zu treffen, die zur Deckung des Fehlbetrags nötig sind. Diese können aber nur darin bestehen, daß der Staatskasse neue Einnahmen zugeführt werden, denn vom Reich haben die Länder keine Hilfe mehr zu erwarten. In dem umlaufenden Betriebsfonds oder in der Amortisationskasse sind entbehrliche Mittel nicht vorhanden. Die Aufnahme von Anleihen für Zwecke der laufenden Ausgaben der Staatsverwaltung kann nur vorübergehend in Betracht kommen; unter den heutigen Verhältnissen wären überdies Mittel in Höhe des obengenannten Fehlbetrags auf dem Anleihebeweg auch kaum zu erhalten.

Es ist unerlässlich, daß jede weitere Erhöhung der in dem Etat vorgesehenen Ausgaben unbedingt verhindert und daß der Vorbehalt in Art. 2 des Finanzgesetzes wegen Einhaltung des Haushaltsplans unter allen Umständen Geltung verschafft wird.

II. Zu Art. 1 Ziffer 2 des Finanzgesetzes

Die Lage des Staatshaushalts ist für die Übergangszeit besonders dadurch schwierig, daß die vom Reich zu erwartenden Einnahmen an Überweisungssteuern der Staatskasse in der Regel nicht rechtzeitig zufließen und daß außerdem die Haupteinnahmequelle des Staates, die Einnahme aus Holz, vollständig gestockt hat. Unter diesen Umständen kann die frühere Übung, nach der die aus der Staatskasse zu leistenden Zuschüsse insbesondere auch die Dotationen an die Universitäten für ¼ Jahr im Voraus bezahlt wurden, nicht mehr eingehalten werden; es ist deshalb in dem Entwurf zum Finanzgesetz vorgesehen, daß alle derartigen Zuschüsse nur noch in monatlichen Teilbeträgen ausgegeben werden dürfen.

III. Zu Art. 1 Ziffer 3 des Finanzgesetzes

Bei den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen kann der Fehlbetrag von 12 Millionen Goldmark nur durch Erhöhung bestehender Steuern, also durch Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer, gedeckt werden. Diese Steuererträge auch eine Erhöhung insofern, als sie bis jetzt der Geldentwertung nur zu einem Bruchteil gefolgt ist; bis Herbst 1923 beträgt das Steuerfoll nur etwa 5 Millionen Goldmark.

Für die Verteilung der Steuerlast gelten folgende Erwägungen:

Die Erfahrungen bei den Vorauszahlungen haben gezeigt, daß es kleinen und mittleren Steuerpflichtigen infolge der veränderten Wirtschaftslage und der Verarmung, die insbesondere die Kreise erfährt hat, schon schwer fällt, die bis zum November 1923 verlangten, verhältnismäßig niederen Beträge zu entrichten, zumal auch die Abgaben an das Reich, die Gemeinden, Kreise usw. erheblich gestiegen sind. Andererseits gibt es sehr leistungsfähige Steuerpflichtige, denen es gelungen ist, in der ganzen Zeit der Geldentwertung, in der andere ihr Vermögen eingebüßt haben, ihre Vermögenssubstanzen zu erhalten. Es ist nicht nur nicht unbillig, sondern geradezu eine Forderung der Gerechtigkeit, insbesondere diese Kreise zur Deckung der außerordentlich hohen Staatsausgaben heranzuziehen und zwar unter sich wieder unter Berücksichtigung ihrer verschiedenen großen objektiven Leistungsfähigkeit verschieden hoch. Bei Bildung der verschiedenen Gruppen muß mangels anderer Anhaltspunkte von der auf 30. September 1923 in Gold umgestellten Vorauszahlungsschuld nach der Bekanntmachung des Finanzministers vom 20. Oktober 1923 (Gef. u. V.-Bl. S. 331) ausgegangen werden.

Die erste Gruppe (Steuerpflichtige, deren Vorauszahlungsschuld auf 30. September 1923 unter 1 Goldmark beträgt) soll von dem Zuschlag ganz befreit sein. Das sind die Steuerpflichtigen mit Grund- und Gewerbesteuerpflichtigen Steuerwerten bis 14 400 M. (klassifizierte Grundstücke) oder 36 000 M. (Gebäude- und Betriebsvermögen). Sie haben nur die Vorauszahlungen nach der erwähnten Bekanntmachung weiter zu leisten; dabei fällt aus Zweckmäßigkeitsgründen die Zahlung auf 31. März 1924 weg. Zum Ausgleich dafür wird die Zahlung auf Ende Dezember 1923 verdoppelt.

In die zweite Gruppe (Steuerpflichtige, deren Vorauszahlungsschuld auf 30. September 1923 1 Goldmark bis ausschließlich 16 Goldmark beträgt) gehören die Steuerpflichtigen mit Steuerwerten bis 231 400 M. bzw. 578 600 M. Vorgeschlagen wird als Zuschlag für diese Gruppe das Dreifache der Vorauszahlungsschuld vom 30. September 1923.

In die dritte Gruppe (Steuerpflichtige mit einer Vorauszahlungsschuld von 16 bis ausschließlich 40 Goldmark) sind zu rechnen die Steuerpflichtigen mit Steuerwerten bis 578 700 bzw. 1 446 700 Mark. Für diese Gruppe wird als Zuschlag das Fünffache der Vorauszahlungsschuld vom 30. September 1923 vorgeschlagen.

Alle übrigen Steuerpflichtigen gehören in die vierte und letzte Gruppe. Diese umfaßt diejenigen Steuerpflichtigen, welche über ein Vermögen von etwa 1½ Mil-

lionen Goldmark und mehr verfügen, also die leistungsfähigsten Steuerpflichtigen. Der Zuschlag ist für diese auf das 15fache der Vorauszahlungsschuld vom 30. September 1923 bemessen.

Der Steuerzuschlag wird dreimal erhoben, nämlich auf das Ende der Monate Dezember 1923, Januar und Februar 1924. Steuerpflichtige, die den Zuschlag entrichten müssen (Gruppe II-IV), haben die nach der erwähnten Bekanntmachung auf das Ende der Monate Dezember 1923 bis mit März 1924 zu entrichtenden Vorauszahlungen nicht weiter zu leisten. Diese Vorauszahlungen sind in dem Zuschlag mit enthalten; sind sie schon bezahlt, so werden sie nach dem Goldwert angerechnet.

Auf die Steuerwerte umgerechnet, ergibt sich hiernach folgende Belastung:

Da der Gesamtbetrag der bisherigen Vorauszahlungen für das Rechnungsjahr 1923 sich auf etwa 5 Millionen Goldmark belaufen wird, bedeutet dies eine Belastung von etwas mehr als 2 Goldpfennig auf 100 M. Steuerwert der Gebäude- und Betriebsvermögen und etwas mehr als 5 Goldpfennig auf 100 M. Steuerwert der klassifizierten Grundstücke gegen 9 Goldpfennig Gesamtbelastung vor dem Krieg. Die Erhebung des vorgeschlagenen Zuschlags wird zur Folge haben, daß in der Wirkung der Steuer für 100 M. Steuerwert beträgt für Steuerpflichtige der

Gruppe II bei Gebäude- u. Betriebsvermögen	3,63	Grf.
und bei klassifizierten Grundstücken	9,07	"
Gr. III bei Gebäuden- u. Betriebsvermögen	5,3	"
und bei klassifizierten Grundstücken	13,25	"
Gr. IV bei Gebäuden u. Betriebsvermögen	13,59	"
und bei klassifizierten Grundstücken	33,97	"

IV. Notwendigkeit des sofortigen Inkrafttretens

Der Goldetat mußte sofort in Kraft gesetzt und mit der Steuererhebung nach Art. 1 Ziffer 3 des Finanzgesetzes alsbald begonnen werden; bis zum Zusammentritt des Landtags wäre der Zeitraum, für den Etat und Finanzgesetz zu gelten haben, zum größten Teil unlaufen. Außerdem wäre die Staatsverwaltung bis dahin insofern behindert gewesen, als für sie keine Möglichkeit zur Einschränkung der Ausgabenwirtschaft bestünde und somit der mit der Aufstellung dieses Notetats verbundene Zweck der Ausgabenbeschränkung für die Übergangszeit bereitet worden wäre. Zudem handelt es sich bei den eingestellten Anforderungen, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, durchweg um sachlich bereits genehmigte Posten. Es war deshalb nicht zu vermeiden, von der in § 56 Abs. 2 der Verfassung vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch zu machen und den Goldetat sowie das dazu gehörige Gesetz über die Regelung des Staatshaushalts in Form eines Notgesetzes zu genehmigen.

Weniger Milch!

Von A. Kemmle, Minister des Innern

II.

In einer interessanten Abhandlung „die badische Landwirtschaft im Anfang des 20. Jahrhunderts“ sagt Oberregierungsrat Dr. Sedt, daß ebenso wie im Ackerbau die Arbeitsleistung des Kleinbauers sich nicht darauf beschränken kann und darf, nur eine einzige Spezialkultur zu pflanzen, sondern jede Parzelle in möglichst intensiver und vielfacher Weise auszunutzen, so muß auch in gleicher Weise das badische Land mehreren Zwecken gleichzeitig dienen; es darf nicht ausschließlich Milch- oder Fleischtier sein, sondern es muß fast in allen Teilen des Landes auch Gepändendienste verrichten. Ganz analog dem Anbau von Spezialkulturen, je nach Klima und Entfernung vom Markt, trete bald der eine Zweck, bald der andere in den Vordergrund, je nachdem es der Schwerpunkt der bäuerlichen Viehhaltung bedingt.

In der Tat geht nicht erst seit gestern und heute die Diskussion in bäuerlichen Kreisen um dieses Problem. Es mag zugegeben sein, daß sich die Viehhaltung in den letzten Jahren vor dem Kriege in verschiedenen Teilen des Landes zu sehr auf das Erfordernis der Spannerleistungen und dann auf jene der Fleischproduktion eingestellt hatte. Es hängt dies mit den schweren Notständen zusammen, in welche die Landwirtschaft verschiedentlich geraten war. Schließlich soll auch nicht bestritten werden, daß die hochentwickelte Viehzucht in Oberbaden den Maßstab der Leistungen allzusehr an schöne Formen und an fräftige Entwicklung ansetzte und den Maßstab für Leistungen auf Milchproduktion vernachlässigte. Wenn aber behauptet wird, an letztere Bedingung einer richtig entwickelten Viehzucht und Viehhaltung sei nicht gedacht gewesen, so ist das ein absoluter Fehlschluß. Die Akten des Ministeriums über die Viehzucht enthalten auf dem ersten Blatt im Januar 1891 eine Zuschrift des Gutsbesitzers Sorg in Rühlach an den damaligen Tierzuchtreferenten, Oberregierungsrat Dr. Lydin, in welcher dieser „das Formular für die Milch- und Butterprüfungen, wie es in den Neuhorster-Ferrierer Viehclubs gebräuchlich ist,“ empfiehlt. In landwirtschaftlichen Distrikten, wo die Gutsböfe im Hinblick auf Klima und Bodengestaltung vorwiegend auf Viehhaltung eingestellt sein müssen, und wo der Tagesabsatz an frischer Milch durch mangelhafte Wege oder Bahnverbindungen erschwert ist, empfiehlt sich bekanntermaßen eine gewerbliche Verarbeitung der Milch. Gestaltet sich der Absatz an überschüssigem Vieh zur Fleischversorgung der Städte oder der Absatz an Zuchtvieh nicht rentabel, dann muß häufig umgekehrt auch aus diesem Grunde das Schwergewicht der Arbeit auf hohe Milchproduktionsleistungen verlegt werden. Dieserhalb hatten vor dem Kriege die größeren Gutsbesitzer fast durchweg Abmelkleistungen eingerichtet mit Tagesleistungen der einzelnen Milchböfe, die gegenüber den Leistungen der Milch-

kühe im Mittel- und Kleinbetrieb einen weiteren Vorsprung hatten. Wo, wie in den nordischen Ländern die Milchprodukte eine starke Ausfuhr erfahren, ist es sehr wichtig, welche Menge Milch die einzelne Kuh liefert. Die individuelle Fütterung und Pflege des Tieres ergibt sich dabei ganz vernetzungsgemäß. In der Rheinebene unseres Landes ist zwar auch der Hauptzweck der Rindviehhaltung die Gewinnung frischer Milch für den Absatz; sie ist aber nicht der einzige Hauptzweck. Wie bereits bemerkt, gehen hier die Tiere von der Frühjahrseinstellung bis zur Ernte am Wagen. Hier kann die Auswahl des Futters und die Methode der Fütterung nicht mit der Aufmerksamkeit getroffen werden, wie in größeren Betrieben mit dem erforderlichen und dem geeignet vorgebildeten Personal.

Sinter dem Zweck der Milchgewinnung für den Absatz tritt in den industriellen Bezirken des Landes die Züchtung von Vieh fast völlig zurück; selbst die Rücksicht auf die Erzielung einer einheitlichen hochwertigen Rasse wird seitens der milchverlaufenden Landwirte fast ganz vernachlässigt. Nimmt der Milchbetrag einer Kuh auffallend ab, so wird sie möglichst schnell verkauft, um dafür eine frische melkliche Kuh, ganz einerlei welcher Rasse, einzutauschen.

Die Viehhaltung beginnt in Viehzucht überzugehen, wo der Handelsgewächse- und der Gemüsebau aufhört, das ist im Gebirge und in der Secegegend. Hier verwendet der Bauer auf die Aufzucht und die Mast von Qualitätsvieh große Sorgfalt. Die Aufmerksamkeit, mit welcher der oberbadische Viehzüchter sein Kalb aufzieht, ist oft, so sagt Lydin, größer, wie die, welche er bei der Erzielung seines eigenen Kindes anwendet. Unbestritten anerkannte Autoritäten haben ausgesprochen, daß das oberbadische Höhenfleisch, besonders in den Bezirken Melsbühl, Stoflach, Fullendorf, Engen und Donaueschingen, einen Welt-ruf genießt.

Diese Erzeugnisse in der badischen Viehzucht dürfen schon darum nicht gefährdet werden, weil es sich hier um das Produkt einer jahrzehntelangen schweren Arbeit handelt, und weil bei einem Niedergang der Züchtergebnisse der daraus entstehende Schaden nicht in wenigen Jahren wieder ausgeglichen werden kann. Im engsten Benehmen mit den Viehzüchternverbänden muß die Züchtung schrittweise umgestaltet werden; denn neben dem Ziel, die Milchproduktion zu heben, bedarf auch die Frage der Sicherung der Rentabilität der Viehzucht im allgemeinen fortwährend aufmerksamer Beobachtung.

Im Jahre 1912 erhielten die Viehzüchternverbände eingehende Belehrung über die Zweckmäßigkeit der Milchleistungsprüfungen. Wie in Oberbaden, so wurde auch in Mittelbaden der Versuch unternommen, die Milch des einzelnen Tieres zu messen und auf ihren Fettgehalt zu untersuchen, um die Leistungen des Tieres zu steigern. Staatliche Unterstützung zur Förderung dieser Aufgaben wurde gewährleistet. Die landwirtschaftliche Versuchsanstalt auf Augustenberg wurde ebenfalls in den Dienst dieser Aufgabe gestellt. Mit Ausbruch des Krieges wurde diese Arbeit unterbrochen, aber schon nach Ende des Krieges regte der Reichswirtschaftsminister die Wiederaufnahme der Kontrollen und die Gründung von Milchkontrollvereinen an. Infolge der vom Reich geforderten Viehlieferungen an den Feindbund und der durch dieselbe in den Kreisen der Viehhalter hervorgerufenen Verärgerung verließen die gemachten Anregungen zunächst im Sande. Schon damals wurden den Beteiligten staatliche Zuschüsse für die Veranstaltung von Milchleistungsprüfungen in Aussicht gestellt. Von Ende 1922 an wurden schließlich die Milchleistungsprüfungen in Oberbaden und im Schwarzwald in verringertem Umfang wieder eingeführt. Alsdann war dabei zunächst nur an die absoluten Leistungsprüfungen gedacht. Seit einigen Wochen aber ist, wie auch der Öffentlichkeit bekannt gegeben wurde, der Grundplan für die staatliche Förderung der Rindviehzucht in der Richtung der Einführung von relativen Leistungsprüfungen ergänzt worden. In einem Erlaß ist die Veranstaltung solcher Prüfungen nicht nur für die Züchternvereinigungen empfohlen, sondern allen Viehhaltern mit auf Milchwirtschaft eingestellten Betrieben, einerlei ob sie reine Abmelk-wirtschaften darstellen oder auch Zuchtbetriebe und gleichgültig, ob in diesen Betrieben ein züchterisch hochwertiger einheitlicher Viehschlag oder lediglich ein Bestand von gewöhnlichen Nutztieren beliebigen Schlages gehalten wird.

Die anempfohlene Maßnahme bedeutet zunächst die Ausfindigmachung der besten Milchböfe des betreffenden Bestandes, die rechtzeitige Ausmestung der wenig leistungsfähigen, d. h. ihr Futter nicht lohnenden Tiere und die tunlichste Anpassung der Fütterung an die Milchleistung der einzelnen Kühe des Bestandes. Eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Betriebs soll also angestrebt werden. Um das Interesse der Viehhalter zu wecken, ist die Bildung von Kontrollvereinen empfohlen, wobei man allerdings die Grenze des erreichbaren Zieles dort finden wird, wo die Landwirte die Milchproduktion nicht als eine ihrer Haupteinnahmequellen ansehen. Empfohlen ist den zu gründenden Kontrollvereinen die Bestellung von Kontrollbeamten, die nach den Erfahrungen der landwirtschaftlichen Arbeitsmethoden anderer Gebiete des Reichs und des Auslandes die gewonnenen Ergebnisse zu verarbeiten haben. Versammlungen, in welchen diese Angelegenheiten mit den Interessenten durchgesprochen werden, sind bereits in den Gebieten, die für die Bildung von Kontrollvereinen die besten Voraussetzungen bieten, angefaßt. Sobald die grundlegenden Arbeiten abgeschlossen sind, werden die Organe des Staates sich auch an der Durchführung der Detailarbeit beteiligen.

Ziel dieser Arbeiten ist, den Konsumenten die erforderliche Menge Milch zu gewährleisten, Ziel bleibt aber auch, daß die Ställe der kleinen Leute nicht wieder in buntem Durcheinander Kinder verschiedenen Schlages bergen, sondern Tiere einer Rasse, die nach den klimatischen Verhältnissen möglichst allen Erfordernissen des Betriebs gerecht werden.

Der Hitler-Ludendorff-Prozess

Im Münchener Prozess fand am Freitag das Kreuzverhör des Zeugen Löffow statt. Dabei kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Löffow und Hitler.

Hitler, der den Vorwurf des Ehrenwortbruchs nicht auf sich sitzen lassen, aber auch seinem einflussreichen Freund ein Verzeihen will, richtete, wie an Rahr, so auch an Löffow, immer wieder Fragen, die beweisen sollten, daß er sein Ehrenwort, seinen Rutsch zu machen, zurückgenommen habe, und die Zeugen das auch hätten wissen müssen. Bei Rahr hatte er schließlich, als alles vergeblich war, mit großer Geste auf eine Ehrenklärung verzichtet. Bei Löffow kam es so weit; denn als dieser ihm bestätigte, daß er im Nebenzimmer des Bürgerbräutellers den Obersten Seifer wegen des Rutschs um Verzeihung gebeten habe, u. Hitler nun stolz auf sein Kavallerierum dem General, dessen Wort vom brütalen, aber nicht sentimentalen Hitler entgegengeklauter, da gibt Löffow den Schlag zurück: „Nein, das war der Hitler mit dem schlechten Gewissen, der um Verzeihung gebeten hat.“ Eine kurze Pause, und dann brüllt Hitler dem Zeugen ins Gesicht, daß er einen Senne, der sein Wort gebrochen habe: „Das ist der General Löffow am 1. Mai.“ Eine Sekunde: Einige knappe Worte des Beschimpften zu dem Gericht, ein kurzes Kompliment, und Löffow verläßt den Saal.

Löffow bekam eine Ingebüßstrafe von 10 Mark und hat heute wieder als Zeuge zu erscheinen. Hitler erhielt lediglich die Warnung, daß, wenn er sich nicht mäßige, das Verfahren gegen ihn abgetrennt werde. Ihm wird also wieder die Rute des Staatsgerichtshofes in Leipzig gezeigt. Außer der Rüge des Vorstehens bleibt er aber von der Strafe verschont, weil eine Geldstrafe nicht genüge, und die Haftstrafe wirkungslos sei, da Hitler bereits in Haft sitze. Der Angriff Hitlers ist, wie die „Frankf. Zeitung“ dazu ausführt, nicht nur plump, er ist vor allem unehrlich, denn nach dem 1. Mai hat Hitler wieder gemeinsame Sache mit Löffow machen wollen, und er hat ihn sogar zum Reichswehrminister ausgerufen. Die moralische Entrüstung über den Ehrenwortbruch ist also genau so erlogen, wie die über die „Reuter“ Löffows, die, als sie geschah, von den Nationalsozialisten als rettende Tat gefeiert wurde.

In dem Verhör selbst hat Löffow glatt zugegeben, daß er am 6. November von einem „Staatsstreich“ gesprochen hat, und zwar hat er gesagt: „Ich mache keinen Rutsch, ich mache aber jeden Schritt mit, der zum Erfolg führt, selbst wenn dieser Erfolg nur auf dem Wege des Staatsstreiches möglich ist.“ Es ist der „anormale Weg“ des Herrn v. Rahr. Auch Löffow kennt einen „legalen“ Staatsstreich. Wie er ihn gedacht hat, darüber macht er einige nähere Angaben: „Die nationalen Parteien, die vaterländischen Verbände und die wirtschaftlichen Organisationen sollten den Druck auf den Reichspräsidenten ausüben, und schließlich sollten die Chefs der Reichswehr kommen und erklären: „Herr Reichspräsident, wir schießen nicht mehr auf Lebensmittellieferanten, also bitte Direktorium her!“ Und wenn der Reichspräsident nicht gewillt hätte? Die Antwort überläßt der Zeuge den Leuten vom Direktorium. Auch „die 51 Prozent Wahrscheinlichkeit“ erklärt Löffow. Er wollte erst eine fertige Rüte für das Direktorium haben, ein Programm und die geschlossene Reichswehr. Dann hätte er allerdings mehr als 51 Prozent gehabt.

Politische Neuigkeiten

Reichstagswahlen am 4. Mai

Der Reichspräsident hat, wie jetzt mitgeteilt wird, den 4. Mai als Termin für die Neuwahl des Reichstags bestimmt. Die äußerste Frist, bis zu dem die Neuwahl hätte anberaumt werden müssen, wäre der 11. Mai gewesen. Um die Durchführung im besetzten Gebiet zu ermöglichen, hat die Reichsregierung alsbald die erforderlichen diplomatischen Schritte bei den Besatzungsbehörden eingeleitet.

Der Reichsminister des Innern hat zum Reichswahlleiter den mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Präsidenten des Statistischen Reichsamts beauftragten Ministerialrat Dr. Bogemann und zu seinem Stellvertreter das Mitglied des Statistischen Reichsamts Oberregierungsrat Meißinger ernannt.

14 Tage nach der Reichstagswahl soll, wie schon mitgeteilt wurde, von den Wahlen die Wahlprüfung über die Bildung eines Landes Hannover stattfinden. Die Abstimmung wird nunmehr am 18. vor sich gehen.

Der interalliierte Sonderausschuss in der Pfalz

Der Sonderausschuss der Rheinlandskommission hat Speyer verlassen und die beiden pfälzischen Städte besucht, in denen sich die separatistischen Führer noch unbehelligt aufhalten dürfen, vormittags Kirmasens und am Abend Kalkerslautern. An letzterem Platze fanden Freitag vormittag vertrauliche Besprechungen des Sonderausschusses mit den Vertretern der Bevölkerung statt.

Wie aus Speyer berichtet wird, erklärte die Sonderkommission zur Frage der Repressalien bei der Besprechung mit den Vertretern der Städte und der Bezirksämter, daß für sämtliche Repräsentanten, die nach dem 18. Februar 1924, also nach Abschluß des Speyerer Abkommens begangen worden sind, die deutschen Gerichte zuständig seien. Ebenso für gemeine Verbrechen nicht politischer Natur, die vor dem 18. Februar 1924 von Separatisten begangen worden sind. Jedoch müssen die Straftaten vor Einleitung des Verfahrens den in Betracht kommenden Bezirksbehörden vorgelegt werden.

Gegen die von der französischen Besatzungsmacht gegen die pfälzische Bevölkerung nach Abschluß des Speyerer Abkommens ergriffenen Repressalien, besonders in Kirmasens und Dürkheim, legten der Kreisrat und der stellvertretende Regierungspräsident bei dem interalliierten Sonderausschuss feierlich Protest ein, auch gegen die Einleitung des kriegsgerichtlichen Verfahrens gegen eine Anzahl von Pfälzern, die wegen ihrer Gegenwehr gegen die Separatisten verhaftet worden sind. Der Sonderausschuss erklärte, daß er diese Maßnahmen der Besatzungsmacht nicht als Repressalien anerkennen könne, daß diese Maßnahmen von den Militärs zur Sicherheit der Besatzungstruppen ergriffen worden seien und daß er in dieser Frage nicht zuständig sei.

Kurze Nachrichten

Das Goldbalkenbankgesetz ist in der Form, die es durch die Beschlüsse des Reichstags erhalten hat, auch vom Reichsrat genehmigt worden.

Ein großer Erdbösend in Hannover. In der Provinz Hannover wurde eine Erdbölquelle erbohrt, die voraussichtlich eine tägliche Ausbeute von 300 000 Kilogramm bringt. Das Öl wird unter großem Druck des mitaustretenden Gases weit über das obere Ende der Bohrung umfassenden Röhren in mannsbildem Strahl hinausgeschleudert und hat in den zwei Tagen, seitdem die Bohre produziert, bereits einen See innerhalb der in großer Höhe aufgeschwungenen Staudämme gebildet. Das Öl stammt aus der erheblichen Tiefe von 750 Metern. Für die Deutsche Erdöl-A.G. bedeutet die Erschließung des Lagers etwa eine Verdreifachung ihrer Produktion.

Badischer Teil

Zum Rücktritt des Präsidenten der Reichsbahndirektion

Wie wir vernehmen, ist der Präsident der Reichsbahndirektion Karlsruhe, Staatsrat Schulz, der seinem Ansuchen entsprechend auf 1. April d. J. in den Ruhestand tritt, und auf seine Bitte vom Herrn Reichsverkehrsminister von der Führung der Geschäfte nunmehr entbunden worden ist, am 15. März von der Leitung der Reichsbahndirektion Karlsruhe zurückgetreten und hat sich von dem Personal verabschiedet. Der badische Herr Staatspräsident Dr. Köhler hat ihm aus Anlaß seines Ausscheidens aus dem aktiven Dienst am 27. Februar folgendes Schreiben zugehen lassen:

Sehr geehrter Herr Staatsrat!

Aus Verhandlungen mit dem Herrn Reichsverkehrsminister habe ich entnommen, daß Sie zum 1. April d. J. in den Ruhestand treten werden. Sie beschließen damit eine Beamtenlaufbahn, welche zum überwiegenden Teil im Dienste des engeren Heimatlandes Baden stand, und welche erst für die letzten 4 Jahre im Reichsdienst aufging. Angesichts der hervorragenden für Baden mit großen Erfolgen begleiteten Dienste, welche Sie, zuletzt an die Spitze der Leitung des Eisenbahnwesens in Baden gestellt, sowohl in den Jahren des Friedens als auch während der schweren Kriegszeit und Nachkriegszeit dem Lande geleistet haben und angesichts der besonderen Rücksichtnahme auf die Verhältnisse Badens im Rahmen der Interessen der Reichsbahn, welche Ihre Tätigkeit nach dem Übergang der bad. Staatseisenbahnen auf das Reich stets ausgezeichnete, ist es mir ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen bei Ihrem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst die Anerkennung und den warmsten Dank der badischen Regierung auszusprechen. Meine besten Wünsche für Ihr weiteres Wohlergehen begleiten Sie.

Mit ausgedehnter Hochachtung

(gez.) Köhler.

Der kleine Grenzverkehr im Bezirk Konstanz

P.A. Schon vor einiger Zeit hatte, wie feinerzeit mitgeteilt wurde der Minister des Innern eine Reihe von Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr angeordnet, die von den Grenzwohnern auf badischer wie auf schweizer Seite dankbar begrüßt wurden. Außerdem wurden auch Verhandlungen mit der Schweiz über eine allgemeine Neuordnung des Grenzverkehrs eingeleitet. Da diese jedoch naturgemäß längere Zeit in Anspruch nehmen, ist man bemüht, durch Verhandlungen örtlicher Art jetzt schon gewisse Erleichterungen zu erreichen. So haben vor kurzem über diese Frage in Kreuzlingen Besprechungen stattgefunden zwischen den zuständigen badischen und schweizer Stellen. Hierbei wurde für Konstanz und Umgebung über folgende Punkte eine Vereinbarung getroffen:

1. Die Dauer des Anerkennungsvermerks, der bisher auf höchstens ein halbes Jahr erteilt wurde, wird beiderseits auf 1 Jahr festgesetzt und zwar zur gleichen Lage wie bisher. Dagegen tritt nicht nur eine erhebliche Ermäßigung der Gebühr ein, auch die Umständlichkeiten, die eine häufigere Erneuerung des Vermerks zur Folge hatten, kommen in Wegfall.

2. Jeder Dauerpasseierschein wird grundsätzlich anerkannt. Die Anerkennung soll nur in einzelnen besonderen Ausnahmefällen versagt werden.

3. Die Zahl der Grenzübertritte wird nicht mehr beschränkt, so daß die Inhaber der Passierscheine die Grenze beliebig oft passieren können.

4. An Personen, die sich vorübergehend im Grenzgebiet aufhalten, insbesondere an Kurgäste, werden Tagescheine auszugeben.

5. Das Bezirksamt Konstanz wird dahin wirken, daß möglichst bald die Passierscheine verlängert und wichtige Passierscheine, länger als bisher geöffnet bleiben.

Der Minister des Innern hat dieser Vereinbarung seine Genehmigung erteilt und das Bezirksamt ermächtigt, diese Erleichterungen sofort in Kraft treten zu lassen. Mit dieser Regelung ist im Grenzverkehr des Bezirks Konstanz der Vorkriegszustand wieder annähernd erreicht.

Aus den Parteien

Wie gemeldet wird, werden der Landesvorstand und Landesauschuss der Deutschnationalen Volkspartei folgende Kandidaten aufstellen: An erster Stelle den früheren Oberbürgermeister von Rön und Staatsminister a. D. Wallraff, an zweiter Stelle den Landtagsabgeordneten, Landgerichtsdirektor Dr. Panemann-Mannheim, an dritter Stelle den Landtagsabgeordneten und kaufmännischen Angestellten August Schneider-Mannheim und an vierter Stelle den Professor Gustav Maier-Mannstadt im Schwarzwald.

Auf dem letzten badischen Bezirksparteitag der Kommunisten wurden für die Reichstagswahl die folgenden 5 Kandidaten aufgestellt: 1. Kessler-Mannheim, 2. Kimmeler-Heidelberg, 3. Gerber-Lörrach, 4. Hermann-Mannheim und 5. Trabinger-Karlsruhe. Bei der Reichstagswahl von 1920 erhielten die Kommunisten in Baden 14 471 Stimmen! Sie erhoffen starken Zuwachs, weshalb sie 5 Kandidaten aufgestellt haben.

Das Reichstagskommando VI hat genehmigt, daß der völkische Block in Baden den Namen „Deutsche Partei“ führt. Der frühere Landesgeschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei in Baden, Herr Leopold von Schilling, ist aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetreten und hat die Führung des völkischen Blocks in Karlsruhe übernommen.

Wie jetzt berichtet wird, ist die „Freie Stimme“ in Radolfzell endgültig in anderen Besitz übergegangen, und zwar soll sie, wie es heißt, von Kreisen des Bodenseeseebels erworben worden sein. Die Badische Zentrumspartei hat unter Leitung des Parteivorstehenden Dr. Schöfer zu dieser Angelegenheit

Der heutigen Nummer liegt die Beilage „Wissenschaft und Bildung“ bei.

in einer Konferenz in Radolfzell Stellung genommen und beschlossen, an Stelle des ausgeschiedenen Blattes eine neue, ab 1. April 1924 täglich erscheinende Zentrumszeitung für Radolfzell unter dem Titel „Radolfzeller Tagespost“ herauszugeben und einen Presseverein für Radolfzell und Umgebung zu gründen. In einem Aufruf der Zentrumspartei wird die Bevölkerung aufgefordert, die „Radolfzeller Tagespost“ an Stelle der bisherigen „Freien Stimme“ zu bestellen und zu fördern.

Aus der Landeshauptstadt

Besuch mit Berlin. Angesichts der dauernd sehr starken Besetzung des Nachtzuges D 1 nach Berlin infolge eines regen Fernverkehrs aus der Schweiz und Italien, macht der Badische Verkehrsverband auf die zur Entlastung eingeführten neuen Nachtzuges D 45/D 46 Karlsruhe ab 6.52 Uhr abends, Berlin Friedrichstraße an 8.38 Uhr vormittags und Berlin Friedrichstraße ab 8.33 Uhr abends, Karlsruhe an 9.54 Uhr vormittags, besonders aufmerksam. Die neuen Züge führen 1.—3. Klasse sowie Schlafwagen und laufen über Mannheim; sie bieten gegenüber dem vielfach überfüllten D 1 sowohl nach Frankfurt als nach Berlin und darüber hinaus ebenso rasche und durch Platzmangel nicht beeinträchtigte bequeme Beförderung.

„Die Toten leben“ lautet der Titel eines Lichtbildervortrags, den der bekannte offiziielle Forscher Kreisbaure a. D. Oetrich aus Dresden Rittmoos, den 19. März, abends 8 Uhr, im Eintragskale halten wird. Der Andrang zu diesem Vortrag war in allen Städten ein so großer, daß der Vortrag fast überall wiederholt werden mußte. Es ist anzunehmen, daß auch hier der Vortrag vor ausverkauften Sälen stattfinden dürfte. Karten bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 39.

Tril Gabesco, der gefeierte russische Tanzkünstler, hat seine Nordreise nach Neuport noch hinausgeschoben, da er in Paris derartige Triumphe feierte, daß er sich veranlaßt sah, seinen Gastspiel-Urlaub zu verlängern. Dieser Umstand bringt uns in die glückliche Lage den Künstler noch einmal im Karlsruher Konzerthause sehen zu dürfen und zwar Freitag, den 21. März. Die Kartenausgabe in der Musikalienhandlung Kurt Neufeldt wurde eröffnet.

Kurze Nachrichten aus Baden

Ausbehnung der Sonntagskarten. Wie der Badische Verkehrsverband mitteilt, sind seitens der Reichsbahndirektion Karlsruhe über die Ausbehnung der Sonntagsfahrkarten in Baden folgende Besprechungen mit den beteiligten Kreisen vorgehen worden. Am 17. März in Karlsruhe, am 18. März in Freiburg, am 19. März in Heidelberg. Nach den vorhandenen Richtlinien werden eine größere Anzahl weiterer badischer Städte in den Genuss der Vorteile der ermäßigten Sonntagskarten kommen.

DZ. Ettlingen, 14. März. Es ist wohl noch in aller Erinnerung, welche furchtbare Opfer der Fliegerüberfall von Karlsruhe am Freitag, den 12. März 1918 forderte. Damals wurde auch der hiesige Kammermeister Fritz Dettlinger durch eine der abgeworfenen französischen Bomben so schwer verletzt, daß ihm ein Bein abgenommen werden mußte. Nun wurde der 67jährige nach achtjährigem Leiden durch den Tod erlöst.

Gernsbach, 12. März. In der Frage des Ausbaues der Murgtalbahn war kürzlich eine Abordnung württembergischer Murgtalgemeinden bei der Reichsbahndirektion Stuttgart vorstellig. Der Abordnung wurde mitgeteilt, die Reichsbahndirektion Stuttgart habe noch nie daran gedacht, den Bahnbau zu stoppen zu lassen, die Mittellosigkeit des Reiches sei der einzige Grund des langsamen Fortschreitens des Bahnbaus. Die zum Bahnbau zur Verfügung gestellten Mittel müßten grundsätzlich paritätisch zwischen dem badischen und württembergischen Teil verteilt werden, so daß auf jeden Teil recht wenig entfalle. Der Vertreter der Reichsbahndirektion Stuttgart erneuerte seinen schon früher gemachten Vorschlag, es sollen die Hauptinteressenten an dem Bahnbau entsprechende Mittel aufbringen, um die Fortführung des Baues beschleunigen zu können.

DZ. Freiburg i. Br., 14. März. An die zur Bewerbung ausgeschriebene Stadtpfarrei St. Martin ist vom Erzbischof der bisherige Pfarrkurat Albert Bidel in Freiburg-Mittenweiler berufen worden. Stadtpfarrer Bidel ist im Jahre 1882 zu Tengenborn geboren, 1906 ordiniert und war lange Jahre Kooperator am Münster und Präses des Lehrerheims in Freiburg.

DZ. Duggingen (Am Mühlheim), 14. März. Im Schacht des Kalbergwerkes ereignete sich gestern vormittag dadurch ein schwerer Unfall, daß zwei auf einem Gerüst über der Wassergrube tätige Arbeiter ins Wasser stürzten. Während der eine sich durch Schwimmen retten konnte, sank der andere unter und konnte nur noch als Leiche geborgen werden. Bei dem Untertanen handelte es sich um den aus Heiterheim gebürtigen Josef Höfler. Der Unfall soll dadurch entstanden sein, daß das Gerüst unvermutet zusammenbrach.

DZ. Ludwigsbafen a. Badensee, 14. März. Pfarrer Ginter von hier hat einen Ruf der litauischen Regierung auf den Stuhl der Kunstgeschichte an der Universität Kovno abgelehnt. Pfarrer Ginter erfreut sich in Fachkreisen eines großen Ansehens. Demnächst wird eine größere Arbeit von ihm über die Barockzeit erscheinen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen in Millionen Mark

	15. März		14. März	
	Gch	Brief	Gch	Brief
Amsterdam	1 561 100	1 568 900	1 566 100	1 575 900
Kopenhagen	660 400	663 600	654 400	667 600
Italien	180 500	181 500	180 500	181 500
London	18 005 000	18 095 000	18 055 000	18 145 000
Neuhort	4 190 000	4 210 500	4 190 000	4 210 500
Paris	200 500	201 500	192 500	193 500
Schweiz	728 200	731 800	728 200	731 800
Wrag	122 100	122 500	122 100	122 500
Wien (100 Kronen)	60 800	61 200	60 800	61 200

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent

Bei Rheuma, Gicht, Arterienhärtungen, Kopfschmerz, Influenza, Grippe u. Schmerzen in den Gelenken u. Gliedern wirkt Tonal ganz hervorragend. Durch den ausgezeichneten Erfolg, den zahlreiche Ärzte mit Tonal erzielten, hat sich dieses Präparat eine wohlverdiente allgemeine Anerkennung erworben. Tonal ist fast harmlos und geht daher direkt zur Wurzel des Übels. Es verursacht keine schädlichen Nebenwirkungen. Die Wirkung tritt unmittelbar ein und der beruhigende Effekt des Tonal macht es auch besonders wertvoll gegen Schlaflosigkeit. In allen Apotheken. Best. 64,3% Acid. acet. salic., 0,406% Chinin, 12,6% Lk., ad. 100 Amyl.

Badisches Landestheater.
Sonntag, 16. März. 3 b. 8 Uhr. Sp. I. 2.00 M.

Rotkäppchen.
Sonntag, 16. März. 6-1/2, 11 Uhr. Sp. I. 7.30 M.
Zweites Gastspiel Maria Lorentz-Höllischer
von der Staatsoper Berlin.

Lohengrin.
Ortrud: Maria Lorentz-Höllischer.

Konzerthaus
Freitag, 21. März, 8 Uhr
Zweiter Tanz - Abend
Jrll

Gadescow
von der Metropolitan - Oper in New - York.
Karten zu 5,-, 4,-, 3,-, 2,-, 1.50 Mk.
(Steuer etc. extra) bei
Kurt Neufeldt.

Konzerthaus Karlsruhe.
Sonntag, 16. März. 7-1/2, 10 Uhr. Park. I. 3.00 M.
Der Mustergatte.

Eintrachtsaal, Mittwoch, 19. März, 8 Uhr
„Die Toten leben!“
Lichtbilder - Vortrag
des okkultistischen Forschers
Kreishaus i. D. **Henrich aus Dresden**
über **Okkultismus**
Hypnotismus, Somnambulismus, Spiritismus
über Tischrücken, Apporte, Heilmagnetismus, Hell-
sehen, Wahrtrüme, Weissagungen, Geistererscheinungen
u. Geistermaterialisationen (Verkörperungen)
Okkultismus und Christentum.
Karten bei Kurt Neufeldt, Waldstr. 39.

Buchdruckerei und Verlag
G. Braun 6. B.
vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag
Karlsruherstraße 14
Karlsruhe

Modern eingerichtete
leistungsfähige Buchdruckerei

Herstellung von
Werken, Zeitschriften
und Drucksachen
jeder Art

Schnelle und sorgfältige Ausführung

Detektiv Institut
u. Privat-
Rückunftel
Argus Mannheim
O. 6. 6.
Planken 9. 47
Fernspr. 3305
A. Maier & Co., G. m. b. H.

**Ausgewählte Lese-
stüde zum Studium der
politischen Ökonomie**
Herausgegeben
und eingeleitet von
Professor Karl Diehl und
Professor Paul Romberg

- Band I:
Zur Lehre vom Geld,
I. Teil
Band II:
Der Arbeitslohn
Band III:
Von der Grundrente
Band IV:
Wert und Preis, I. Teil
Band V:
Wert und Preis, II. Teil
Band VI:
Bevölkerungslehre
Band VII:
Wirtschaftskrisen
Band VIII:
Kapitalismus und Anter-
mergewinn
Band IX:
Freihandel und Schutz,
I. Teil
Band X:
Zur Lehre vom Geld, II.
Teil
Band XI:
Sozialismus, Kommunism,
Anarchismus, I. Ab-
teilung: Schriften von
Hauptvertretern dieser
Richtungen
Band XII:
Sozialismus, Kommunism,
Anarchismus, II. Ab-
teilung: Programme und
programmatische
Rundgebungen
Band XIII:
Grundzüge der Besteue-
rung
Band XIV:
Sozialpolitik
Band XV:
Kapital und Kapitalismus
Band XVI:
Das Staatsschuldenpro-
blem
Ausführliche Drucksachen
kostenfrei.
Verlag G. Braun, Karlsruhe,
Karlsruherstraße 14.

Metallbetten
Stahlmatt, Kinderbett, direkt
an Private, Katalog 78 R frei.
Eisenmöbelfabrik Sulz (Ehr.)

Zwangsversteigerung
Montag, 17. März 1924,
nachmittags 2 Uhr werde ich
im Pfandlokal, Steinstr. 23,
hier, gegen bare Zahlung im
Vollstreckungswege öffent-
lich, meistbietend veräußern:
1 Schreibmaschine, Marke
„Jost“, 1 Diplomatenstreib-
maschine, 1 Nähmaschine u. a.
mehr. 8.814
Karlsruhe, 14. März 1924.
Rater, Gerichtsvollzieher.

**Stangen- u. Raubholz-
Versteigerung**
Freitag, den 21. März,
nachmittags 2 Uhr, im
Rathaus in Waldkirch:
1. Aus Staatswald Engel-
wald des Forstamts
Waldkirch: Fichtene Bauft.
212, Koppent. 1439, Reb-
steden 940, Bohnensteden
285. Aus dem Kappelwald:
Buchenabschnitte I./IV. M.
37, Eichen II./V. M. 4
Festmeter, Kainbuchen 1
Festmeter, Föhren 1 Fest-
meter. Vorzügiger Forst-
wart Böhler Waldkirch.
2. Aus dem Stadtwald
von Waldkirch: Meist tan-
nene Bauftangen 13, Kopp-
entstangen 1845, Rebstiel-
ten 590. Vorzügiger Ge-
meindeforstwart Hoch,
Waldkirch. 50 Ster meist
sicheres Papierholz. 8.793
Freihandverkauf des
Forstamts Waldkirch aus
Engelwald, Kappelwald,
Randelwald, Wiggert: 1280
Festmeter meist sichte-
ne Stämme und Abschnitte
und 681 Ster meist sichte-
nes Papierholz. Angebote
bis zum 25. März 1924
erbeten. Losverzeichnis
vom Forstamt.

Unser System!

Gute Ware mit geringem Nutzen in großen Mengen direkt an den Ver-
braucher abzugeben, ist unser System. Es liegt in unserem Bestreben, auch
für die Zukunft an diesem Grundsatz festzuhalten, und wir hoffen weiter
auf die Unterstützung und das Vertrauen unserer verehrten Kundschaft

Weitere Beispiele:

Damen-Halbschuhe Rahmenarbeit, moderne Fassung	765
Damen-Spangenschuhe braun und schwarz, elegante Frühjahrsschuhe	890
Damen-Halbschuhe braun, bestes Fabrikat, moderne Formen	890
Damenstiefel braun u. schwarz, vorzügl. Rahmenfabrikat, echt Chevreau u. echt Box calf	975
Herrenstiefel braun, echt gedoppelt, guter Straßenstiefel	1195
Herrenstiefel Ia randgenäht, Doppelsonhle, elegante Straßenstiefel	1325
Männer-Arbeitsstiefel prima Rindleder, geschlossene Lasche	890

Als besonders preiswert empfehlen wir weiter unsere

Damen- und Herren - Sportstiefel mit Staublasche, beste doppel-
sohlige Arbeit
Wir haben ferner bereits große Sendungen neuester Frühjahrsartikel in modernen Farben u. Formen hereinbekommen

„Schuhhof“

(gegenüber dem alten Bahnhof) **Kriegsstraße 84** (gegenüber dem alten Bahnhof)

Großen Andranges wegen bitten wir unsere werten Kunden, zum Ein-
kauf möglichst auch die Vormittags-Stunden wählen zu wollen

Wir eröffnen Freitag, den 14. März 1924, eine **Verkaufsstelle Durlach, Hauptstr. 22**
gegenüber der alten Trainkaserne 8.189

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen.

Thürmer- **Manuborg-**
Pianinos **Harmoniums**
Außergewöhnlich
gute, schöne und
preiswerte Pia-
ninos mittlerer
Preislage
Fabrikat
von Weltrup
empfehlen der Alleinverreter
Ludwig Schweisgut
4 Erdbrunnstraße 4

Damen-hüte
zum **Umformen u. Modernisieren**
— bitte jetzt schon zu bringen —
Die neuesten **MODELLE** liegen auf
S. Rosenbusch
Kaiserstraße 137 am Marktplatz
Das Haus der Hüte Billigste Bezugsquelle

Jeder Händler hat Blakat:
Wolin-
Stunden **fast umsonst**
für die Kinder der Kundschaft bietet
A. Nerre - Schuhcreme
Fabrik: Lörrach i. B. Telephon 530

Damen-hüte
Im Interesse einer sorg-
fälligen Ausführung
bitten wir unsere ver-
ehrliche Kundschaft, die
Hüte zum **Umformen**
schon jetzt zu bringen.
GESCHWISTER
GUTMANN
Größtes Spezialhaus f. Damenhüte
Ecke Kaiser- und Waldstraße

Alle zur Vorbereitung der
Reichstagswahl
erforderlichen Vordrucke:
Wählerlisten, Bekann-
machung der Auflegung,
Einladung zur Wahl, Wahlzettel usw. sind
in den Vordrucklagern **Bonnhof** und **Bruchsal**
des **Bad. Kommunalverlags** vorrätig.
Gemeindeveranschlag, neues Muster, ist eben-
falls erhältlich.

In unserem Verlage sind erschienen:
Getränksteuerordnung
für den Gebrauch der Gemeinden
Preis bis 10 Stk per Stk 5 Bfg.
" " 30 " " 4 " "
" über 30 " " 3 " "
G. Braun, G. m. b. H.
vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag
Karlsruhe, Karlsruherstraße 14.
In jeder Gemeinde muß die Getränksteuerordnung
vorhanden sein, da die Gemeinde im Bereich ihrer
Gemarkung Steuern vom örtlichen Verbrauch erhebt.

Junge Leute die zur See
fahren wollen, erhält nur
schriftl. Auskunft u. Rat.
Harms, Hamburg 19, D 16
Bellealliancestr. 17, Laden.
Ruhholzverkauf.
Bad. Forstamt Engen
verkauft freihändig: 8081:
557 Festmeter Nadelstamm-
holz aller Klassen, darun-
ter 121 Festmeter Forlen.
Los 2: 184 Ster Papier-
holz I.—III. M. entrindeht.
Schriftliche Angebote sind
in Prozent der Goldmark-
grundpreise bis spätestens
Freitag, den 28. März d.
J. einzureichen. Forstwart
Schultheiß in Engen zeigt
das Holz. 8.808